

Bitte je **Fördervorhaben** ein Formblatt ausfüllen.

Aufgabenträger:

Ort, Datum:

Anschrift:

Ansprechpartner:

Telefon:

Fax:

E-Mail:

Regierungspräsidium

Stuttgart

Karlsruhe

Freiburg

Tübingen

Erklärung der Kommune über die Vermeidung einer Begünstigung im Zusammenhang mit der späteren Nutzung der Förderung eines Betriebshofs/einer Werkstatt nach § 2 Nr. 7 LGVFG (im Folgenden „Vorhaben“)

Im Zusammenhang mit der von der Kommune _____ (Antragsteller)
beantragten Förderung eines Vorhabens gebe ich die nachfolgenden Erklärungen ab:

Die Kommune erfüllt mit der Bereitstellung des geförderten Vorhabens eine öffentliche Aufgabe; die Förderung dient ausschließlich der Erfüllung dieser öffentlichen Aufgabe.

Das geförderte Vorhaben wird von der Kommune im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten diskriminierungsfrei allen potenziellen Nutzern zu kostendeckenden Entgelten zur Verfügung gestellt.

ALTERNATIV

Das geförderte Vorhaben wird von der Kommune ausschließlich einem Nutzer / mehreren Nutzern zur Verfügung gestellt, das bzw. die von der Kommune auf der Grundlage eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags* mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen nach Maßgabe der VO (EG) Nr. 1370/2007 oder einer Vorgängerregelung betraut ist bzw. betraut sind. Die Bereitstellung des geförderten Vorhabens dient der Erfüllung der betrauten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen; die Nutzung wird im Rahmen der Abrechnung aufgrund des öffentlichen Dienstleistungsauftrags entsprechend berücksichtigt.

**ALS ÖFFENTLICHER DIENSTLEISTUNGSaufTRAG IM SINNE DIESER ERKLÄRUNG GILT AUCH EINE SOG. ALTBETRAUUNG, DIE NACH MAßGABE EINER VORGÄNGERREGELUNG ZUR VO (EG) NR. 1370/2007 ERTEILT WORDEN IST.*

Stempel

Unterschrift des Vertretungsberechtigten